

Ressort: Finanzen

Bundesregierung gibt Frankfurt für Bankenaufsicht keine Chance

Berlin, 01.07.2016, 18:00 Uhr

GDN - Frankfurt wäre ein möglicher Standort für die Europäische Bankenaufsicht, doch die Bundesregierung will darauf verzichten, dafür zu werben. Der Umzug der Behörde, die wegen des Brexits London verlassen muss, nach Deutschland habe keine Chancen, heißt es im Bundesfinanzministerium (BMF), so der "Spiegel" in seiner am Samstag erscheinenden Ausgabe.

Bei Gründung der europäischen Finanzaufsicht ging der für Banken zuständige Bereich nach London, der für die Wertpapieraufsicht nach Paris und die Versicherungssparte nach Frankfurt. Nach europäischen Gepflogenheiten können jetzt keine Orte zum Zuge kommen, die schon bedacht wurden. Auch Italien, das Ansprüche angemeldet hatte, dürfe sich keine Hoffnung machen, weil ein Italiener Chef der Bankenaufsicht wurde, heißt es im BMF. In Berlin wird damit gerechnet, dass Spanien sich um den Sitz der Bankenaufsicht bewirbt – obwohl eine Nähe zur Europäischen Zentralbank in Frankfurt sinnvoller wäre.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-74727/bundesregierung-gibt-frankfurt-fuer-bankenaufsicht-keine-chance.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com